

Zur Entwicklung der Ungleichheit



«Die in vielen westlichen Ländern beobachtete Zunahme der Ungleichheit lässt sich für Liechtenstein nur teilweise nachzeichnen.»

Berno Büchel, Forschungsbeauftragter
Wirtschaft am Liechtenstein-Institut

Es können nicht alle gleich viel bekommen oder gleich viel haben. Eine gewisse Ungleichheit ist normal. Doch wenn Milliardäre irritiert feststellen, dass sie prozentual weniger Steuern zahlen als ihre Hausangestellten und wenn sich auch das Weltwirtschaftsforum WEF mit steigender Ungleichheit beschäftigt, dann muss das Verhältnis zwischen Arm und Reich in Schiefelage geraten sein.

In der Tat hat in fast allen OECD-Staaten die Ungleichheit der Einkommen und Vermögen seit den 1980er-Jahren deutlich zugenommen. In gewissen Ländern wie den USA ist diese Entwicklung regelrecht dramatisch. Während 1980 die obersten 10 Prozent in den USA 33 Prozent aller Einkommen erhielten, steht dieser Anteil aktuell bei 48 Prozent. Für die obersten 1 Prozent und die obersten 0,1 Prozent sieht die Entwicklung noch extremer aus. Ihre Einkommen sind auf einem lang anhaltenden Höhenflug, während die mittleren Einkommen preisbereinigt stagnieren. Damit ist ein Ausmass an Ungleichheit erreicht, das viele Ökonomen – darunter die Wirtschaftsno-

belpreisträger Angus Deaton, Paul Krugman und Eric Maskin – für gefährlich halten. Auch internationale Organisationen wie die OECD und der Internationale Währungsfonds sehen in der wachsenden Ungleichheit eine Gefahr für langfristige Stabilität und wirtschaftliche Prosperität der Staaten.

Entwicklung in Liechtenstein

Für Liechtenstein lässt sich diese Entwicklung nur teilweise nachzeichnen. Einerseits bestehen erhebliche Lücken in den zur Verfügung stehenden Daten. Diese werden erst seit wenigen Jahren systematisch vom Amt für Statistik erfasst und in der Steuerstatistik publiziert. Andererseits zeigen Rückschätzungen für das Jahr 1968 (für das eine Tabelle der Einkommensverteilung in der Steuerstatistik existiert), dass heute zwar Vermögen deutlich ungleicher verteilt sind als vor 50 Jahren, nicht aber die Einkommen. Der Anteil der obersten 10 Prozent am Einkommen wird für Liechtenstein für das Jahr 1968 auf 35 Prozent geschätzt, während diese Zahl heute bei 29 Prozent liegt. Dieser aktuelle Wert entspricht ungefähr dem Niveau des Jahres 2000, für das eine Sonderauswertung der Regierung vorliegt. Auch beim

Vermögen ist die aktuelle Ungleichheit in Liechtenstein auf einem ähnlichen Niveau wie im Jahr 2000. Die obersten 10 Prozent besitzen heute laut Steuerstatistik 80,6 Prozent des Vermögens, im Vergleich zu 79,9 Prozent im Jahr 2000.

Ein wichtiger Bestandteil des Einkommens bildet das Arbeitseinkommen. Dieses ist in den letzten zehn Jahren in Liechtenstein auch preisbereinigt angestiegen, wie sich aus der Lohnstatistik errechnen lässt. Der Anstieg betrifft sowohl mittlere als auch höhere und tiefere Gehälter. Den grössten Anstieg verzeichnen die Löhne der Zupendler. Die hier genannten Zahlen und die entsprechenden Grafiken finden sich im kürzlich vom Liechtenstein-Institut veröffentlichten Bericht «Ungleichheit in Liechtenstein: Entwicklung bei Vermögen und Einkommen». (Andreas Brunhart; Berno Büchel, Ungleichheit in Liechtenstein: Entwicklung bei Vermögen und Einkommen. LI Focus 3/2016. Liechtenstein-Institut. Bendern 2016).

Gefühlte Ungleichheit

Die Messung von Ungleichheit mit Kennzahlen ist jedoch nur ein Teil der Geschichte. Genauso wie bei der Messung der Temperatur gibt es auch hier eine «gefühlte Temperatur», die von der objektiven Zahl («in Grad Celsius») individuell abweichen kann. Noch wichtiger als der Hinweis auf die subjektive Wahrnehmung von Ungleichheit ist aber die Feststellung, dass es höchst unterschiedliche Einstellungen zu Ungleichheit gibt. Wie viel Ungleichheit erwünscht oder tolerierbar ist, ist letztlich eine wirtschaftspolitische Frage, die mit anderen Einstellungen und Werthaltungen zusammenhängt. Gerade politische Parteien unterscheiden sich in diesen Positionen und streiten dann in konkreten Debatten, zum Beispiel über einkommensabhängige Krankenkassenprämien, die Besteuerung von hohen Einkommen oder über die Besteuerung von Kapitalerträgen. Es handelt sich dabei um einen normalen demokratischen Vorgang, denn jede Gesellschaft muss für sich entscheiden, in welchem Ausmass und wie umverteilt werden soll.